

MAN MUSS NICHT KOMMUNIST SEIN, UM ZU BEGREIFEN, DASS DIE REICHEN DIE ARMEN BESTEHLEN.

Fast jeder träumt vom eigenen Stück Land und vom Eigenheim. Hinzu kommt, dass von steigenden Bodenpreisen nicht nur die Bodenbesitzer profitieren, sondern auch die Gemeinden, die bei Landgeschäften Steuern einziehen können. Und falls sie eigenes Land besitzen, füllen sie durch Verkäufe die leeren Kassen.

Das alles erschwert eine sachliche politische Diskussion enorm. Die Interessen der Parteien sind nur noch kurzfristiger, weil wahltaktischer Natur. Und mit Grundsatzdiskussionen über das Bodenproblem kann man, so meinen selbst die Linken, kurzfristig keine Lorbeeren ernten.

Es wäre viel Aufklärungsarbeit zu leisten. Etwa darüber, dass der Grossteil des handelbaren Bodens der Schweiz direkt oder indirekt (via Immobilien-Konzerne bzw. -Fonds) in den Händen von ca. 15% der Bevölkerung liegt, die sich von den übrigen 85% eine jährliche Bodenrente von ca. 25 Milliarden Franken bezahlen lässt!

Der Widerstand gegen das herrschende Wirtschaftssystem hat es schwer, denn die neoliberalen Glaubenssätze werden von Wirtschaftsführern und Politikern mit krankhaft fundamentalistischem Eifer wiederholt, oft unter Hinweis auf die eindrucklichen Wirtschaftserfolge im 20. Jahrhundert oder auf die historisch angeblich erwiesene Überlegenheit des Kapitalismus über den Kommunismus.

Durch das neue Bodenrecht wäre ein Grundeinkommen für alle möglich. Abschöpfungen des Bodenwertes oder der Bodenpachten sollten nicht im Steuertopf verschwinden. Vielmehr sollten sie als gleich hohe Pro-Kopf-Beträge wieder an die Bürger zurück fliessen. Durch die von uns angestrebte Bodenreform würde allen Menschen der gleiche Anteil an Boden und seinen Schätzen zustehen, wie das bei Licht und Luft, und eingeschränkt beim Wasser, heute noch der Fall ist.

Die empfohlene Bodenreform (siehe Rückseite) braucht keine Enteignungen. Der angestrebte Effekt, nämlich die Verhinderung von Spekulation, würde sich wie nebenbei einstellen.

Das Bodenproblem ist nicht nur ein staatspolitisches Problem ersten Ranges, sondern auch ein weltpolitisches. Unter dem Grossgrundbesitz, nicht zuletzt der Agrarmultis, leiden vor allem die Entwicklungsländer.

Es ist höchste Zeit, dass wir dieses konkrete Problem endlich intensiv thematisieren, praktische Vorschläge machen und den Politikern und Ökonomen die notwendige öffentliche Diskussion aufzwingen.

Es geht um die Beseitigung einer Privatisierung mit katastrophalen Auswirkungen.

Die Abhängigkeit der Menschen vom Boden und seinen Schätzen verschafft deren Besitzern eine Monopolstellung, die sie sich gut bezahlen lassen. Ohne irgend eine Leistung profitieren die Grundeigentümer laufend durch enorme Wert- und Ertragsteigerungen. Durch Bodenspekulation bereichern sich einige wenige auf Kosten jener, die sich Land nicht leisten können. Und das sind fast alle. Der Boden gehört der Allgemeinheit. Er muss öffentlich transparent verwaltet werden, und wer ihn beansprucht, bezahlt Nutzungsgebühren nicht in einzelne private Taschen, sondern gleichmässig in die Gemeindegasse zu gunsten aller.



Mietkosten bestehen bis zu 75% aus Zinsen. Die Lösungsansätze der INVO könnten diese auf ein Minimum reduzieren und die Mieten um mehr als die Hälfte senken.

Hansjürg Weder
Ex-Nationalrat Basel

Lösungsansätze *

Allen Vorschlägen ist gemeinsam, dass die Bodenrente gleichmässig auf die Bevölkerung zurück verteilt wird.

a) Baurechtvergabe

Dieses Verfahren entspringt einer Praxis, die es in der Schweiz seit längerer Zeit gibt. Gemeindeeigenes Land wird an Private entweder verpachtet oder im Baurecht abgegeben, gegen Entrichtung des Pacht- bzw. Baurechtzinses an die Gemeinde. Diese erwerben immer mehr Boden, wozu sie ein Vorkaufsrecht benötigen, und natürlich auch Finanzmittel: Einerseits die sachte zu fließen beginnenden Baurechtszinsen, andererseits Staatspapiere, denn es gibt kaum eine sicherere Geldanlage. Ein idealer Start wäre die **Bodenkampagne der INWO** gewesen, in welcher der Erlös aus dem Nationalbankgold an die Gemeinden zum Landkauf verteilt worden wäre. Zu regeln wäre auch, dass die Gemeinden in einem Zeitraum von 20 oder mehr Jahren alles Land kaufen müssen. Danach könnte man auch die allfälligen Schulden aus dem Bodenkauf zurückzahlen. *

b) Stichtag / Baurechtvergabe

Ab einem bestimmten Tag werden die Gemeinden formal Eigentümer des Bodens. Alle vormaligen Eigentümer sind dann nur noch Besitzer = Erbpächter und als solche der Gemeinde abgabepflichtig. Sie sind jedoch solange von der Abgabe befreit, bis der Preis des Bodens durch die Gemeinde abgegolten ist. Auch wenn das 20 bis 30 Jahre dauert.

c) Bodenwertsteuer

Die Eigentumsverhältnisse bleiben, aber eine Steuer, abhängig vom heutigen Verkehrswert, wird erhoben. Der Steuersatz steigt allmählich auf die volle Höhe der Bodenrente. Dieses Verfahren senkt den Handelswert des Bodens gegen Null, denn ein Grundstück, das keine Rendite bringt, kann man nicht verkaufen.

* *Unterlagen sind im Sekretariat erhältlich*

Landlosigkeit und Abhängigkeit von Grossgrundeigentum sind heute grundlegende globale Probleme. Hunger und Armut wurzeln weltweit auch in Landlosigkeit. Landbesitz, öffentlicher Zugang zu Wasser und die freie Nutzung von Saatgut sind entscheidend für das Überleben von Millionen Menschen. Globale Gerechtigkeit ist nicht herzustellen, wenn Konzerne weiterhin Pflanzen und Saatgut patentieren können, wenn der Zugang zu Wasser weiter privatisiert wird und das Bodeneigentum sich in den Händen weniger Menschen konzentriert.

www.inwo.ch

INITIATIVE FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG (INWO)

Wichtige Ursachen wachsender Existenzangst und Hoffnungslosigkeit sind das herrschende Geldsystem und das Bodenrecht. Die politisch und konfessionell unabhängige INWO Schweiz verweist auf Alternativen, welche existierende Besitzstände nicht angreifen. Werden Sie jetzt Mitglied oder Gönner.

INWO Schweiz, Bahnhofstrasse 102, Postfach, CH-5001 Aarau
Tel 062 822 84 86 Fax 062 823 67 55 e-mail: contact@inwo.ch

PC-30-1771-2

September 2005

Stoff zum Augen öffnen

*Boden nutzen statt besitzen
Werner Rosenberger
erhältlich im INWO-Sekretariat*

*Baurecht für die Gemeinden
erhältlich im INWO-Sekretariat*

*Die Bodenbesteuerung in der Schweiz
Marcel Liner
erhältlich im INWO-Sekretariat*